DAS MAGAZIN
DER BAYERISCHEN GRÜNEN



WAS MACHST DU 2020?

JULI 2019

GRÜNE LANDRÄTE
IM INTERVIEW:
„WIR HABEN BAYERN IM GRIFF“

KATHARINA SCHULZE:
DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BAYERN

NACHLESE

KLIMASCHUTZ BEWEGT EUROPA

Europa ist in Bewegung – und zwar in grüner Bewegung! Unter dem Motto „Kommt, wir bauen das neue Europa!“ haben wir ein grandioses Ergebnis erreicht. 19,1 Prozent der bayerischen Wähler*innen haben für Klimaschutz und Zusammenhalt gestimmt. Das grüne Ergebnis ist fast überall doppelt so stark wie 2014. In München, Würzburg und Erlangen sind wir sogar stärkste Kraft. Das macht unglaublichen Mut, Europa grün zu gestalten!

Schon vor der Europawahl war klar: Es tut sich was in Bayern und Europa. Junge Menschen kämpfen mit Fridays for Future für echten Klimaschutz. Eltern treten als Parents for Future und deren Eltern als Omas und Opas for Future für die Zukunft ihrer Kinder ein. Auch viele Unternehmen haben sich den Forderungen angeschlossen. Sie alle haben enorm dazu beigetragen, dass konservative und neoliberale Parteien die Forderung nach konsequentem Klimaschutz nicht mehr als linke Ideologien abtun können. Sie haben dazu beigetragen, dass die Europawahl zur Klimawahl wurde.

So können nun wieder zwei grüne Abgeordnete aus Bayern in das Europäische Parlament einziehen: Henrike Hahn und Pierrette Herzberger-Fofana. Ein intensiver und leidenschaftlicher Wahlkampf liegt hinter den beiden und eine große Aufgabe vor ihnen. Henrike ist als bayerische Spitzenkandidatin durch die sieben Regierungsbezirke getourt. Sie hat gemeinsam mit Annalena Baerbock in Nürnberg, Robert Habeck in Würzburg und mit Ska Keller in München und an vielen anderen Orten für unsere grünen Ideen für Europa gekämpft. In der BR-Wahlarena und im TV-Duell von Sat.1 Bayern hat Henrike mit Vertreter*innen anderer Parteien diskutiert. Kurzum: Sie hat ihrem Motto #Henrike4Europe alle Ehre gemacht.

Das alleine machte die Grünen aber nicht zur zweitstärksten Kraft – das Wahlergebnis ist vor allem dein Erfolg, ist der Erfolg aller unermüdlich engagierten Mitglieder in ganz Bayern! Jede Haustüre, an der ihr geklingelt habt, jeder Infostand, an dem ihr mit Menschen gesprochen habt, jeder Beitrag auf Social Media und jede Diskussion mit euren Freund*innen trägt grüne Politik in die Gesellschaft. Dafür vielen, vielen Dank!

Die Herausforderungen der Klimakrise und der wachsenden sozialen Ungleichheit in Europa sind groß. Jetzt gilt es, Europa grüner zu machen und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt voranzubringen. Das heißt: Weiterkämpfen, weiterdiskutieren und demonstrieren. Wir stehen einen Tag vor der Zukunft und gemeinsam mit dir kämpfen wir heute für ein gutes Morgen – in Europa, Deutschland, Bayern und den Kommunen.

Ein Hoch auf Europa … und weiter geht's!



LEXIKON

KOMMUNALE SELBST-VERWALTUNG



Die Kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien der Demokratie, die in Deutschland durch das Grundgesetz garantiert wird. Sie ermöglicht jeder Gemeinde, ihre Angelegenheiten selbstständig zu regeln, auch wenn sie sich dabei natürlich an die Gesetze halten muss. Über die letzten Jahrzehnte hat sich die Selbstverwaltung immer stärker entwickelt, da viele Herausforderungen vor Ort am besten gelöst werden können. Darunter fallen freiwillige Aufgaben, wie beispielsweise die Einrichtung eines Theaters oder sozialer Einrichtungen, aber auch Pflichtaufgaben, wie der Bau und Unterhalt von Schulen. Für uns Grüne ist die Kommune der Ort, um die globalen Herausforderungen anzugehen. So kann der Klimaschutz gemeinsam mit den Stadtwerken durch mehr sauberen Strom aus Sonne und Wind vorangebracht werden. Aber auch eine soziale und ökologische Entwicklung der Gemeinden liegt uns am Herzen, beispielsweise durch mehr sozialen Mietwohnungsbau und Integrationsangebote. So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



SIGI HAGL, LANDESVORSITZENDE

GRÜN BEWEGT BAYERN

Was für ein Ergebnis! Erstmals sind wir Grünen bei bundesweiten Wahlen zweitstärkste Kraft. Auch in Bayern haben wir das beste Ergebnis aller Zeiten erzielt und uns als zweitstärkste politische Kraft im Land etabliert. In München, Würzburg und Erlangen landeten wir sogar auf Platz 1. Danke für euren leidenschaftlichen Europawahlkampf überall in Bayern und herzlichen Glückwunsch an unsere frisch gewählten, bayerischen Europaabgeordneten Henrike Hahn und Pierrette Herzberger-Fofana.

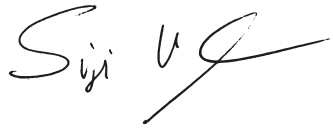
19,1 Prozent ist eine starke Ausgangslage für die anstehenden Kommunalwahlen 2020 und es riecht förmlich nach Zeitenwende. Lasst uns also selbstbewusst Kurs auf die Rathäuser nehmen! Machen wir im März 2020 klar: Wir, die Grünen, sind die kommunale Kraft in Bayern. Das schaffen wir aber nur gemeinsam. Deshalb zeigt Gesicht bei euch vor Ort. Je mehr Listen, je mehr Kandidat*innen, umso größer wird unser grüner Erfolg bei den Kommunalwahlen sein. Antwortet auf die Frage „Was machst du 2020?“ am besten mit „Ich kandidiere bei der Kommunalwahl“. Jede und jeder einzelne von euch kann etwas bewegen! Wir wollen nicht nur in den Stadt- und Gemeinderäten, in den Kreistagen mächtig zulegen, wir wollen erstmals in Bayern Oberbürgermeister*in werden und mehr Landrät*innen und Bürgermeister*innen stellen.

Die kommunale Ebene ist eine tragende Säule unserer Demokratie und sie hat für uns immer schon eine herausragende Bedeutung. Dort haben wir unsere Wurzeln, dort sind wir verankert. Wir – besser gesagt: ihr, die ihr seit vielen Jahren Kommunalpolitik macht – seid die treibende Kraft in unseren bayerischen Städten und Gemeinden. Grün bewegt etwas vor Ort, weil wir die richtigen Ideen haben: Das Klima und unsere Lebensgrundlagen schützen, Mobilität neu denken, mehr Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden schaffen, bezahlbares Wohnen ermöglichen und die Bürger*innen an den Entscheidungen beteiligen – das ist grüne Kommunalpolitik.

2020 stehen wir vor großen Herausforderungen. Jetzt heißt es: den Rückenwind aus der Europawahl mitnehmen für die anstehenden Kommunalwahlen. Doch wir müssen uns gleichzeitig auch der großen Verantwortung bewusst sein, die wir als zweitstärkste politische Kraft in Bayern haben.

Zum Schluss ein Wort in eigener Sache: Ich schreibe heute zum letzten Mal an dieser Stelle an euch. Der Grund? Auch ich habe für 2020 große Pläne: Ich will Oberbürgermeisterin von Landshut werden. Im Oktober trete ich deshalb nicht mehr zur Wiederwahl als Landesvorsitzende der bayerischen Grünen an. Es war eine Ehre, an der Spitze einer so großartigen Partei in Bayern zu stehen. Danke für diese Zeit und eure tolle Unterstützung!

Eure





HINTERGRUND

BEZAHLBARES WOHNEN UND MEHR GRÜNFLÄCHEN

Prof. Dr. Christiane Thalgott ist Architektin und Stadtplanerin. 15 Jahre lang leitete sie als Stadtbaurätin die Münchner Stadtplanungsbehörde. Hier schreibt sie, wie die Wohnungskrise in den bayerischen Städten aus ihrer Sicht in den Griff zu kriegen ist.

Bezahlbares Wohnen ist für das gute Leben in unserer Stadtgesellschaft unverzichtbar. Das gute Leben muss auch für die weniger zahlungskräftigen Bürgerinnen und Bürger, für Kinder- und Altenpflegerinnen, für Paket- und Postboten möglich sein. Sie werden in der Stadtgesellschaft gebraucht, ebenso wie junge Familien und weise Alte. Solchen Wohnraum kann es in München und anderen bayerischen Ballungsräumen nur mit günstigen, das heißt billigen Grundstücken geben, denn die Grundstückskosten machen in München und den Nachbargemeinden üblicherweise 50–70% der Kosten einer Neubauwohnung aus.

Nur durch konsequente Anwendung der Instrumente, die das Baugesetzbuch zur Verfügung stellt – wie städtebauliche Verträge und Entwicklungsmaßnahmen – können günstige Wohnungen entstehen. Die Gemeinden sollten deshalb alle ihre Grundstücke, ihr Tafelsilber, keinesfalls veräußern, sondern besser Flächen günstig kaufen und selber entwickeln.

In der geplanten Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) Nordost in München-Daglfing soll zum Beispiel ein neues Quartier mit bis zu 30.000 bezahlbaren Wohnungen entstehen, aber auch mit kleinen Gewerbebetrieben, kulturellen Einrichtungen und allem, was der Mensch so zum Leben braucht: Kindergärten, Altentreffs, Gastwirtschaften, Schulen, Parks und gutem öffentlichen Nahverkehr.

Die Stadt München muss den etwa 600 Eigentümern die Grundstücke abkaufen, und zwar zu dem heutigen, nicht durch Spekulation bestimmten Wert für landwirtschaftliche Fläche oder niedriges Bauerwartungsland, soweit sie die Flächen für die Entwicklung des Stadtquartiers benötigt. Außerdem muss die Stadt den Bauern bei Bedarf bei der Beschaffung von landwirtschaftlichem Ersatzland helfen. Dann muss das Quartier entwickelt und die Grundstücke so günstig an Bauherrschaften – wie Genossenschaften, städtische Wohnungsgesellschaften und ähnliche – vergeben werden, dass auf Dauer Mieten von 6,80–11,00 Euro pro Quadratmeter entstehen können. Das könnten wirklich viele Wohnungen für viele Menschen werden.

Jeder mehr gezahlte Euro an Grundstückskosten erhöht die späteren Mieten. Deshalb sollte die Stadt nicht Zögern oder Zaudern, auch wenn dortige Nachbarn protestieren, die selbst vor 30 Jahren in die Gegend gezogen sind, weil sie für immer inmitten von Grünflächen wohnen möchten, und auch wenn die Landwirte gerne zu märchenhaften Millionenbauern würden. Der neue Stadtteil ist eine Chance für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner, heute und morgen und übermorgen.

Um für den Klimawandel gerüstet zu sein, braucht es genug Grün- und Freiflächen in der Stadt. In München sind das große wie der Englische Garten oder der Park in Riem und kleinere wie der Domagk-Park. Aber es braucht auch einzelne große Bäume in Hausgärten. Straßenbäume und Grünstreifen sind wichtig für das Stadtklima, und sie sind schön!

Und warum lassen wir eigentlich zu, dass Menschen ihr privates Auto im öffentlichen Raum auf den Parkplätzen an der Straße abstellen? Jeder Pkw braucht 2,5 x 5 Meter, also 12,5 Quadratmeter wertvollen Platz. Zum Vergleich: Ein Quadratmeter innerstädtische Baufläche kostet in München etwa 5000 Euro. Mein Bett, meinen Schrank darf ich dort auch nicht hinstellen – warum eigentlich mein Auto? Und das fast umsonst, trotz der hohen Bodenpreise.

Wie wäre es, dort stattdessen Bäume und Wiesen zu pflanzen? Vielleicht hin und wieder auch ein Mikrohaus gegen die Wohnungsnot aufzustellen? Das gäbe Versickerungsflächen und viele schöne Grünflächen in der Stadt – gerade in den dicht bebauten Gebieten – und einige neue Mikrowohnungen. Auf geht's: Fangen wir an, für mehr Grün und Gerechtigkeit aufzuräumen!



BEPPO RZEHAK UND JENS MARCO SCHERF IM INTERVIEW

„WIR HABEN BAYERN IM GRIFF“

Vielbeschäftigt sind sie, die ersten grünen Landräte Deutschlands: Wolfgang „Beppo“ Rzehak und Jens Marco Scherf. Das Interview zwischen Miesbach, Miltenberg und der Landesgeschäftsstelle in München findet deshalb am Telefon statt. Wie füllen sie ihr Amt aus, was sind die Herausforderungen und Chancen? Und was machen Beppo und Jens Marco eigentlich 2020?

Eure Wahl vor 5 Jahren war regelrecht historisch. Habt ihr selbst damit gerechnet? Wie war die Anfangszeit?

Beppo: Ich habe sehr unerwartet gegen den absoluten Favoriten von den Freien Wählern gewonnen. Einen Moment werde ich nie vergessen: Wir haben am Wahlabend mit vielen Menschen gefeiert; die Presse hat gerade ein Foto gemacht, alle haben gejubelt. Nur meine Frau stand leichenblass daneben und sagte leise, aber vernehmlich: „Scheiße“. Sie dachte, dass sich jetzt unser ganzes Leben ändert. Und in der Tat arbeitet man schon sehr viel als Landrat. Aber ich habe trotzdem Zeit für die Familie, auch weil ich keine weiteren Nebenämter angenommen habe. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich schnell an den grünen Landrat gewöhnt – nur die CSU hat etwas länger gebraucht …

Jens Marco: Ich habe die Wahl sportlich genommen, nach dem Motto: „Wir haben keine Chance, also nutzen wir sie.“ Mein erstes Ziel war die Stichwahl: Wenn die CSU erst einmal den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren hätte, müsste alles drin sein, dachte ich. Am Ende haben wir es geschafft, die Menschen zu überzeugen, mit einem denkbar knappen Sieg. Der Einstieg im Landratsamt war großartig: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort sind mir mit einer sehr großen Professionalität und Loyalität begegnet, vom ersten Tag an. Die Bevölkerung war anfangs vor allem neugierig, was ich wohl anders machen würde als mein Vorgänger, der 28 Jahre im Amt war.

Die bayerischen Landräte werden spöttisch auch als „kleine Könige“ bezeichnet. Was ist das eigentlich für eine Rolle?

Beppo: Als Landrat ist man zwar nur für ein relativ kleines Gebiet verantwortlich, aber dort hat man in der Tat viel Einfluss. Der Begriff „König“ gefällt mir natürlich nicht: Besonders nach den Skandalen meines Vorgängers will ich zeigen, dass es bescheidener und transparenter geht, mit mehr Bürgernähe. Und die Leute erwarten auch, dass man nahbar ist, bei Jubiläen und Feiern erscheint und Grußworte hält. Es ist also auch ein repräsentatives Amt. Gleichzeitig muss man manchmal Entscheidungen treffen, die nicht allen gefallen.

Was haben eure Landkreise gemeinsam, was unterscheidet sie?

Jens Marco: Man könnte sagen, dass wir Bayern im Griff haben: Beppo vom Süden her, ich vom Norden. In Miltenberg prägt uns zum einen die Natur: Unser Landkreis hat insgesamt 58% Waldanteil, zwei Drittel unserer Fläche sind Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebiete. Zum anderen sind wir ein klassischer Industrie-Landkreis, ja sogar der industrielle Kern der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main. Wir haben viele mittelständische, oft familiengeführte Unternehmen, die auf dem Weltmarkt mithalten. Eine spannende Mischung! Bis vor 200 Jahren waren wir übrigens Teil des Kurfürstentums Mainz, deshalb brauchen Beppo und ich manchmal auch einen Dolmetscher.

Beppo: Wir verstehen uns schon, wir können ja Fremdsprachen. Aber im Ernst: So unterschiedlich ist der Landkreis Miesbach gar nicht. Einen hohen Waldanteil haben wir auch, über die Hälfte des Landkreises steht unter Landschaftsschutz. Tourismus und die Landwirtschaft mit über 30% Biobauern bestimmen den Süden, der Norden ist auch bei uns von Hightech-Firmen geprägt.

Die Europawahl hat es gezeigt: Klima- und Umweltschutz sind vielen Menschen wichtig. Was könnt ihr vor Ort dafür tun?

Beppo: Da gibt es viele kleine Bausteine: Wir versorgen unsere eigenen Gebäude mit erneuerbaren Energien und erzeugen den Strom nach Mög-

lichkeit selbst. Bei Neubauten setzen wir auf Holzbauweise, wir haben einen Klimaschutzbeirat eingeführt und eine Klimaschutzmanagerin angestellt. Und wir sind ein glyphosatfreier Landkreis: Das hat der Kreistag mit den Bäuerinnen und Bauern beschlossen. Es liegt zwar nicht in unserer Macht, dieses Mittel komplett zu verbannen, aber diese Selbstverpflichtung hat trotzdem Signalwirkung weit über den Landkreis hinaus.

Jens Marco: Ich glaube auch, dass es wichtig ist, als Landkreis eine Vorbildrolle einzunehmen. Auch wenn der Energieverbrauch unserer öffentlichen Gebäude weniger als 1% des Gesamtverbrauchs ausmacht, nutzen wir natürlich erneuerbare Energien. Unsere mittelständischen Unternehmen mit ihrer Innovationskraft sind dabei wichtige Verbündete: So wird unser Schulzentrum mit der Abwärme einer Papierfabrik beheizt. Auch beim Verkehr gibt es Spielraum: Wir haben gerade ein Radwegekonzept entwickelt und den Fußverkehr ausgeweitet. Und wir kämpfen für eine Taktverdichtung auf unseren Eisenbahnstrecken und für die Elektrifizierung.

Stoßt ihr dabei nicht auch auf Widerstände?

Beppo: Der Mensch hat immer Angst vor Veränderungen: Er befürchtet, dass ihm etwas weggenommen wird und weiß nicht, was auf ihn zukommt. Ich sage dann immer: In Miesbach ist nur wegen eines grünen Landrats nicht die grüne Revolution ausgerufen worden. Ein grüner Landrat macht die kleinen Schritte, die die Menschen nicht vor den Kopf stoßen – aber er macht sie. Wir halten nicht nur Sonntagsreden zum Klimaschutz, wir stehen voll dahinter und nähern uns Schritt für Schritt einem lebenswerteren Landkreis.

Jens Marco: Ja, Veränderungen sind möglich, wenn man sie schrittweise angeht und die Menschen beteiligt. Ein gutes Beispiel ist unser Landschaftspflegeverband, den wir stark ausgebaut haben: Dort sitzen Naturschützer und Bäuerinnen an einem Tisch und entwickeln gemeinsam Projekte. Erst neulich haben unsere Landwirte den Artenschutz auf die Agenda ihres Landbautags gesetzt und Fachleute aus dem Naturschutz dazu eingeladen. Dass die Landwirte in Miltenberg gerade in einer Zeit, in der die Stimmung bayernweit so aufgeheizt ist, mit den Naturschützerinnen zusammensitzen und über Artenschutz sprechen, das finde ich einfach fantastisch.

Wie kam das Volksbegehren Artenvielfalt denn in Miesbach an?

Beppo: Es gibt schon einige Landwirte bei uns, die sich vor den Kopf gestoßen gefühlt haben. Das Volksbegehren hat aber eine sehr wichtige Diskussion über eine verantwortungsvolle Landwirtschaft angestoßen, von der unsere vielen Biobauern eigentlich nur profitieren können. Gerade bei den jüngeren Landwirten sehe ich auch ein Umdenken in diese Richtung. Wir sind fest zum Volksbegehren gestanden, auch ich als Landrat habe das Volksbegehren immer verteidigt.

Jens Marco: Hier wird nochmal die besondere Aufgabe eines Landrates oder einer Landrätin deutlich. Gerade in solchen Konfliktsituationen muss man sehr präsent sein und mit allen Seiten reden – erst einzeln, dann auch gemeinsam – und dabei aber fest zur eigenen Haltung stehen. Das war auch 2015 unsere Aufgabe, als so viele Geflüchtete zu uns kamen: Rauszugehen – auch zu den Leuten, die Sorgen und Bedenken haben –, ansprechbar zu sein, den Leuten zuzuhören, sie wieder zusammenzuführen. So verhindern wir, dass gesellschaftlich kontroverse Situationen entgleisen.

Beppo: Ich glaube, dass wir Grüne da den anderen etwas voraus sind, weil wir nicht polemisieren, weil wir die Probleme pragmatisch anpacken – und weil für uns nicht die Partei zuerst kommt, sondern der Landkreis, die Gemeinde oder die Stadt. Wir haben gezeigt, dass wir mit Krisen gut umgehen können. In der Flüchtlingsdebatte waren wir der ruhende Pol, der stabilisierende Faktor: Wir haben einfach unsere Aufgaben erledigt. Auch diesen Januar, als ich wegen der starken Schneefälle den Katastrophenfall festgestellt habe, wussten die Leute: Der Landrat, die Verwaltung, der Katastrophenstab – sie haben es im Griff. Die überwältigende Unterstützung aus ganz Bayern und über alle Parteigrenzen hinweg war dabei eine große Hilfe. Das THW Miltenberg war übrigens auch bei uns vor Ort …

Du warst der erste Landrat, der den sogenannten „K-Fall" festgestellt hat.

Beppo: Das stimmt, anfangs wurde ich deshalb auch belächelt. Aber ich höre eben auf meine Fachleute – das ist vielleicht ein weiterer Vorteil von uns Grünen. Wenn der THW, die Feuerwehr oder der Katastrophenschutz sagen, dass das nötig ist, dann nehme ich ihr Urteil ernst. Schließlich geht es um unseren Landkreis, vielleicht sogar um Menschenleben – und darum, noch größeren Schaden zu verhindern. Später haben andere Landräte nachgezogen. Wir als erste hatten den Vorteil, dass wir Hilfskontingente bekommen haben, die sonst vielleicht nicht mehr verfügbar gewesen wären.

Jens Marco, hattest du auch schon so große Herausforderungen zu bestehen?

Jens Marco: Die größte Herausforderung war sicher 2015, als wir in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufgenommen haben. Das großartige Engagement der vielen Ehrenamtlichen hat dabei sehr geholfen. Aber es gibt auch gewisse Dauerbaustellen, die herausfordernd sind: An einer Schießanlage ist der Boden mit Blei belastet. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten da zu Recht eine schnelle Lösung, aber wir müssen auch komplexe Verfahren abarbeiten: Es gilt, Bodenschutzrecht und Abfallrecht zu beachten und Verfahren am Verwaltungsgericht zu bestreiten. Da muss man sich Zeit nehmen und erklären, dass man verantwortungsvoll handelt, obwohl es dauert, bis das Problem gelöst ist.

Und was macht ihr eigentlich 2020? Tretet ihr wieder an?

Jens Marco: Ja, klar! Das habe ich schon zur Halbzeit im Sommer 2017 angekündigt, nachdem die Rückmeldungen zu meiner Arbeit überwiegend positiv waren. Am 15. März werbe ich noch einmal um sechs Jahre Vertrauen.

Und wie sieht es bei dir aus, Beppo?

Beppo: Ja, sicher! Wir haben fünf gute Jahre gehabt und viel erreicht, ein grüner Landrat hat dem Landkreis gut getan. Jens Marco und ich freuen uns beide natürlich, wenn wir wiedergewählt werden – aber auch, wenn wir noch ein paar mehr Kolleginnen und Kollegen von den Grünen bekämen. Da ist noch viel Platz auf der Landkarte für andere grüne Landräte und Landrätinnen!

Vielen Dank für das Gespräch!

10 GRÜNDE

WARUM DU IN DIE KOMMUNALPOLITIK GEHEN SOLLTEST

1. Weil Demokratie vom Mitmachen lebt
Dass wir in Frieden und Freiheit leben dürfen, ist ein kostbares Geschenk. Deshalb sollten wir unsere Demokratie lebendig halten und uns aktiv einbringen. Auch deine Meinung zählt!

2. Weil es dein Zuhause ist
Du liebst den Ort, an dem du lebst? Dann setz dich dafür ein, dass er so liebenswert bleibt und noch lebenswerter wird. Aber auch wenn dich Manches stört: Du hast es in der Hand, die Dinge zu ändern!

3. Weil du was über die Welt lernst
Mal ehrlich: Weißt du, wie man einen Radweg plant? Was eine gute KiTa an Ausstattung braucht? Wie man Biotope schützt? In der Kommunalpolitik beschäftigst du dich mit diesen Fragen ganz konkret.

4. Weil du was für dein Leben lernst
Argumente abwägen, Fachleute anhören und auch mal eine Rede halten: All das ist am Anfang schon etwas aufregend – aber du wirst zu Recht stolz auf dich sein und an deiner Aufgabe wachsen.

5. Weil wir das Klima auch in den Kommunen retten
Beim Klimaschutz können Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen: Indem sie ihre Gebäude mit sauberem Strom versorgen, Radwege und ÖPNV ausbauen oder kühlende Grünflächen anlegen.

6. Weil du auch im Alter noch gut versorgt sein willst
Gute Busverbindungen, Läden im Ortskern statt auf der grünen Wiese: Das ist nicht nur gut für Klima und Natur – das macht auch das Leben leichter, wenn man nicht (mehr) Auto fahren kann oder will.

7. Weil du Kontakte knüpfst
Die Leiterin der Stadtwerke, den Chef der Naturschutzbehörde und viele mehr: Durch dein Mandat in der Kommunalpolitik lernst du spannende Menschen kennen.

8. Weil dich ein starkes Team trägt
Du bist nicht allein! Die erfahrenen Kolleg*innen stehen dir mit Rat und Tat zur Seite.

9. Weil du dich weiterbilden kannst
Die Seminare der bayrischen GRÜNEN, der kommunalpolitischen Vereinigung GRIBS, von Petra-Kelly-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung helfen dir dabei, dich weiterzuentwickeln.

10. Weil es Spaß macht!
Die eigenen Ideen in die Tat umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen ist ein tolles Gefühl! Probier's doch mal aus und kandidiere für uns bei der Kommunalwahl 2020.



KOMMUNAL-HELD*INNEN

Global denken, lokal aktiv werden: Nach diesem Motto setzen sich Grüne überall in Bayern ehrenamtlich für lebenswerte Städte und Gemeinden ein.



„Es interessiert mich, was um mich herum geschieht. Die Kommunalpolitik ist für mich der Inbegriff des ‚Kehrens vor der eigenen Haustür': Hier kann man so vieles bewegen, was dann unmittelbar Einfluss auf das eigene Leben hat."

Luise Krispenz
Stadträtin in Dachau



„Grüne Kommunalpolitik bedeutet für mich, auf Andere zuzugehen und ihr Interesse für Natur- und Umweltschutz zu wecken, ein offenes Ohr zu haben, bei Gemeinderatssitzungen immer wieder nachzufragen und wenn nötig auch kontrovers zu diskutieren, dabei aber kompromissbereit zu sein. Dazu braucht es manchmal Mut. Es hat mich auf jeden Fall persönlich weitergebracht und ich habe viel dazugelernt. Und Spaß macht es mitunter auch."

Karin Kleinert
Gemeinderätin in Saaldorf-Surheim



„Auch wenn ich den Grünen schon immer nahestand, wurde ich doch erst zur Kommunalwahl 2008 Mitglied. Ich wollte mich für meinem Heimatort politisch engagieren, wurde Ortsvorsitzender und kandidierte für den Marktgemeinderat. 2014 wurde ich in den Kreistag gewählt. Bei meinem politischen Handeln stehen immer Mensch und Natur im Mittelpunkt. Bei der Kommunalwahl 2020 kandidiere ich als Bürgermeister."

Sven Winzenhörlein
Gemeinderat in Höchberg und Kreisrat im Landkreis Würzburg



„Als Kommunalpolitikerin treffe ich viele interessante Menschen. Zusammen konnten wir ein regionales Klimaschutzkonzept erarbeiten. Es macht wirklich Spaß, mitzugestalten."

Silvia Daßler
Stadträtin in Neusäß und Kreisrätin in Augsburg-Land



„Ich bin hier aufgewachsen und sehr verwurzelt. Grünen-nah war ich schon immer. Leider gab es noch keinen Ortsverband. Dass ich mir zugetraut habe, den mit zwei Mitstreiter*innen selbst zu gründen, lag an der Unterstützung unserer damaligen Kreissprecherin. Inzwischen bin ich selbst Kreissprecherin und hoffe, dass ich es schaffe, andere genauso zu stärken."

Verena Juranowitsch
Gemeinderätin in Langenbach



„Ich wünsche mir für die kommende Legislatur viele starke, junge Frauen in unserem Gemeinderat und im Landshuter Kreistag und hoffe, im Wahlkampf viele junge Menschen für Kommunalpolitik begeistern zu können."

Marlene Schönberger
Gemeinderätin in Adlkofen

Hast du Lust bekommen, auch bei dir vor Ort aktiv zu werden? Die grünen Listen für die Kommunalwahlen im März 2020 werden diesen Herbst aufgestellt. Jetzt ist also genau der richtige Zeitpunkt, vor Ort loszulegen. Melde dich bei deinem Kreis- oder Ortsverband. Gern beraten wir dich in der Landesgeschäftsstelle auf deinem Weg in die Kommunalpolitik. Dein Kontakt: Leon Eckert, Kommunalreferent, leon.eckert@bayern.gruene.de, 089-211597-32



HIER SCHREIBT DIE LANDTAGSFRAKTION

DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN!

Katharina Schulze
Fraktionsvorsitzende

Bundestagswahl, Landtagswahl, Europawahl – der Frauenanteil in den politischen Gremien ist geradezu lächerlich: 31,3 Prozent, 26,8 Prozent, ca. 39 Prozent. Und das, obwohl 52 Prozent der bayerischen Bevölkerung weiblich ist. Nächstes Jahr ist Kommunalwahl und da sieht es in den männlich geprägten Kommunen in Bezug auf Frauen bisher zappenduster aus. Von 71 Landrät*innen sind nur fünf Frauen – skandalöse sieben Prozent –, weniger als zehn Prozent der Rathäuser werden von Frauen geführt, in den Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten beträgt der durchschnittliche Frauenanteil nur 26 Prozent. Und ohne uns Grüne und unseren Kampf für die Gleichberechtigung wäre es noch deutlich schlimmer. Es muss sich schleunigst etwas ändern, denn Demokratie geht nur geschlechtergerecht.

Eine Unterrepräsentation an Frauen in den Parlamenten heißt auch, dass Themen, die Frauen besonders betreffen, nach hinten geschoben werden oder teilweise ganz unter den Tisch fallen. Das können wir doch nicht so geschehen lassen! Frauen und Männer machen unterschiedlich Politik, bringen verschiedene Hintergründe und Agenden mit. Im Landtag ist das genauso spürbar wie im Rathaus oder Kreistag. Die Mischung macht's!

Deshalb haben wir Landtags-Grüne ein Hälfte-der-Macht-Gesetz eingebracht. Vor 100 Jahren haben Frauen, teilweise unter Einsatz ihres Lebens, ein Menschenrecht erkämpft: Dass ihre Stimme genauso viel zählt wie die eines Mannes. Dafür bin ich sehr dankbar. Jetzt liegt es an uns, den Kampf für Gleichberechtigung in allen Belangen weiterzuführen: Dazu gehört auch Parität in den Parlamenten. Ich möchte nämlich nicht noch mal 100 Jahre warten, bis die Macht gerecht verteilt ist. Her mit der Hälfte der Macht für uns Frauen!

Deswegen möchten wir das Wahlrecht reformieren: Die Verfassung wird geändert und schreibt künftig eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent sowohl für die Staatsregierung als auch für den Bayerischen Landtag vor. Zudem wollen wir das Landeswahlgesetz ändern: Stimmkreise werden zusammengelegt und es werden künftig in den Stimmkreisen von den Parteien jeweils Paare, denen jeweils eine Frau oder ein diverser Mensch und ein Mann oder ein diverser Mensch angehören müssen, aufgestellt. Außerdem wird im Wahlgesetz festgelegt, dass auf den Wahlkreislisten jeweils mindestens zur Hälfte Frauen* aufgestellt werden müssen.

Damit übertragen wir unser erfolgreiches grünes Reißverschlussprinzip und unsere Doppelspitze auf unser schönes Bayern – damit Frauen im Landtag parteiübergreifend gleichberechtigt mitentscheiden können. Ich freue mich, dass dieses grüne Prinzip bei unseren kommunalen Wahllisten längst gelebt wird.

Eva Lettenbauer

WAHLALTER AUF 16 SENKEN



Jungen Menschen wird oft ein mangelndes Interesse an Politik vorgeworfen. Die Argumente sind dieselben wie bei der Debatte um die Absenkung des Wahlalters von 21 auf 18 zu Beginn der 1970er Jahre. Aktuell zeigen viele Jugendliche in ganz Bayern besonders beeindruckend, dass sie sich sehr wohl für gesellschaftliche Themen einsetzen. Diese jungen Menschen nehmen wir Landtags-Grüne ernst.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Wahlalter in Bayern bei Landtags- und Kommunalwahlen sowie bei Volksbegehren und -entscheiden auf 16 Jahre gesenkt wird. Bayern ist eines von fünf Bundesländern, in denen Bürger*innen noch nicht ab 16 Jahren bei den Kommunalwahlen wählen dürfen.

In allen demokratischen Fraktionen im Landtag findet diese Reform zumindest bei Einzelnen Zustimmung. Auch zahlreiche Verbände – vom Bayerischen Jugendring bis zu den Lehrerverbänden – unterstützen uns in diesem Anliegen.

Wir wollen, dass die jungen Menschen über ihre Zukunft mitbestimmen können. Viele Entscheidungen – von der Stadtplanung über Verkehrspolitik bis zur Sozialpolitik – haben direkten Einfluss auf die nächsten Generationen. Es ist ein Grundprinzip unserer Demokratie, dass diejenigen mitentscheiden müssen, die auch betroffen sind. Daher ist die Senkung des Wahlalters neben einer Ausweitung und qualitativen Verbesserung der schulischen und außerschulischen politischen Bildung unerlässlich.

Tessa Ganserer

SICHERHEIT QUEERER MENSCHEN VERBESSERN



Laut einer Studie ist Deutschland in Europa auf Platz 15 abgerutscht in Sachen Queerfreundlichkeit. Die gesetzliche Gleichstellung lahmt und es wird nicht genug gegen Straftaten mit homo- und trans*feindlichem Hintergrund getan.

An genau diese erinnert jedes Jahr am 17. Mai der IDAHoBIT, der internationale Tag gegen, Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie. Wir haben den Tag zum Anlass genommen, zwei Anträge einzureichen, um die Sicherheit queerer Menschen endlich zu verbessern.

Zum einen fordern wir Landtags-Grüne feste Ansprechpersonen bei der Polizei für die LGBTIQ*-Community. Der Gang zur Polizei darf für queere Opfer nicht mit der Angst einhergehen, dort Ablehnung zu erfahren. Viele Bundesländer machen es vor und können die positive Wirkung fester Ansprechstellen mit Zahlen eindeutig belegen. Wachsendes Vertrauen bedeutet mehr Meldungen von queerfeindlichen Delikten und eine höhere Aufklärungsquote.

„Anzeigen – das bringt doch eh nichts", denken viele der Opfer. Andere wissen nicht, wohin sie sich wenden können. Hier muss aufgeklärt werden! Wir fordern eine Kampagne, die Mut machen soll, Delikte mit homo- oder trans*-feindlichem Hintergrund anzuzeigen und die Ansprechstellen bekannt machen soll. Verbrechen gegen Queers müssen aus dem Dunkelfeld geholt und sichtbar gemacht werden. Die schwarz-orange Landesregierung darf sich nicht länger blind und taub stellen.

Claudia Köhler

IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN



Unvorstellbar hohe Ausgaben haben CSU und FW mit dem Staatshaushalt für 2019/2020 beschlossen, um ihre Wahlversprechen zu erfüllen. Wahlgeschenke wie das Familiengeld, Landespflegegeld, Baukindergeld, Eigenheimzulage, Gebührenfreiheit in der Kinderbetreuung oder Ausgleichszahlungen für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge kosten im laufenden Haushalt 3,5 Milliarden Euro. Strukturell verbessert wird mit diesen Ausgaben nichts. Die Zukunft bleibt liegen.

Dabei gibt es so viel zu tun. Der grüne Zukunftshaushalt Bayern würde dieses Geld in die Zukunft investieren: Wir wollen Klima und Umwelt mit einem Maßnahmenpaket über 1,3 Milliarden Euro schützen. Wir wollen das Bildungsangebot stärken und Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Bayern – egal welcher Herkunft – schaffen.

Wir wollen unsere Städte und Gemeinden überall im Land mit besserer und bezahlbarer Mobilität und Unterstützung beim Ausbau der Schulinfrastruktur und der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude fördern. Wir wollen die Mobilitätswende beschleunigen und für ein zuverlässiges, besseres Bahn- und Busangebot sowie sichere und direkte Radwegverbindungen zwischen Stadt und Land sorgen.

CSU und Freie Wähler streuen den Menschen schlicht Geld in die Augen und halten das für Regierungspolitik. Letztlich ist das nichts anderes als Macht um der Macht willen.

Cemal Bozoğlu

GEMEINSAM GEGEN RECHTS-EXTREMISMUS



Im vergangenen Jahr ereigneten sich jeden Tag statistisch gesehen fünf rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Bayern. Fremdenfeindliche Kriminalität hat sich damit bei uns auf einem viel zu hohen Niveau stabilisiert. Die rechtsextreme Szene in Bayern agiert heute zunehmend vernetzt und radikal. Der Rechtsextremismus bleibt eine der größten Herausforderungen und Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Das zeigt unser Lagebild Rechtsextremismus, mit dem wir seit 2014 die jeweils aktuellen Gefahren durch den Rechtsextremismus in Bayern dokumentieren und entsprechende Gegenmaßnahmen fordern.

Im Jahr 2018 sind die Kennzahlen zu rechtsextremistisch motivierten Straftaten zwar insgesamt zurückgegangen. Die Entwicklung bietet aber kaum Anlass zur Beruhigung. Jede der mehr als 1.800 rechten Straf- und Gewalttaten aus 2018 ist eine zu viel. In der Untergruppe der Straftaten der sogenannten Hasskriminalität, bei denen das Motiv konkret der rechtsradikale Hass gegen andere Menschen ist, haben die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr sogar zugenommen. Und die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten ist auf dem höchsten Stand seit Jahren.

Unser Lagebild zeigt auch, wie sich die rechtsextreme Szene in Bayern wandelt und Anschluss in der Mitte der Gesellschaft sucht. Wir haben dazu unter anderem Vernetzungen mit der AfD, rechtsradikale Bürgerwehren und Neonazikonzerte in Bayern unter die Lupe genommen.

Katharina Schulze

KEIN EUROPA DER SCHLAGBÄUME



Offene Grenzen sind eine der größten Errungenschaften des Vereinten Europas. Grenzkontrollen und Schlagbäume gehören eigentlich einer Vergangenheit an. Die CSU-Regierung hat trotzdem eine eigene Bayerische Grenzpolizei aufgebaut – obwohl der Grenzschutz eindeutig und ausschließlich Sache des Bundes ist und wir im Schengen-Raum keine Binnengrenzkontrollen mehr benötigen.

Die Bayerische Grenzpolizei ist das Symbol einer rückwärtsgerichteten Politik der Abschottung und des nationalen Isolationismus. Sie ist aber nicht nur europapolitisch aus der Zeit gefallen, sondern auch verfassungswidrig: Sie untergräbt mit den ihr parallel zur Bundespolizei zugewiesenen Aufgaben und Befugnissen die föderale Kompetenzverteilung im Bereich des Grenzschutzes.

Die Errichtung einer eigenständigen Bayerischen Grenzpolizei mit spezifischen grenzpolizeilichen Aufgaben schafft eine voll ausgebaute und mit allen notwendigen Befugnissen ausgestattete „zweite Polizei" zum Schutz der Bundesgrenzen. Hier wird die föderale Kompetenzordnung und damit insgesamt das Verfassungsgefüge der Bundesrepublik in Frage gestellt. Damit stellt die Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei einen schwerwiegenden Verfassungsverstoß dar.

Deshalb klagen wir und fordern die Abschaffung der Bayerischen Grenzpolizei, die Rückkehr zum Schengen-System und mehr Polizist*innen in der Fläche statt an der deutsch-österreichischen Grenze.

Johannes Becher

10 IMPULSE FÜR MEHR KITA-QUALITÄT



Bayernweit klagen Kita-Leitungen über chronische Unterbesetzung und stark überlastetes Personal. Was fehlt, ist vor allem die Zeit – für Kinder, Elterngespräche, Leitungsaufgaben und Fortbildungen. In zahlreichen Kitas müssen aufgrund des Personalmangels Angebote und Öffnungszeiten regelmäßig reduziert werden.

Doch statt umfassend in die Betreuungsqualität zu investieren, steckt die schwarz-orange Landesregierung gewaltige Summen in den Beitragszuschuss – sogar den größeren Teil der Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz. Statt Beitragszuschüssen mit der Gießkanne für alle Eltern wollen wir eine sozialverträgliche Staffelung abhängig vom Einkommen. Die Kita soll sich jede*r leisten können, aber es muss nicht für alle umsonst sein!

Wir Landtags-Grüne setzen die Priorität klar auf kindgerechte Betreuung und ausreichend sowie qualifiziertes Personal. In unserem Antragspaket fordern wir deshalb: Bessere Personalschlüssel; ausreichend Zeitkontingente für Leitungen und Erzieher*innen; längere Öffnungszeiten und bedarfsdeckende Betreuungsangebote; eine Erhöhung der Betriebskostenförderung durch den Freistaat; ein Investitionsprogramm für neue Kitaplätze; ein Programm zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte; eine Reform der Ausbildung zur Erzieher*in; ein flächendeckendes Angebot zur Pädagogischen Qualitätsbegleitung und die Einführung eines regelmäßigen Fachkräftemonitorings.

Anna Toman

GRUNDSCHULE: INDIVIDUELLE FÖRDERUNG STÄRKEN



Die Grundschule legt den Grundstein für den weiteren Bildungsweg. Wir Landtags-Grüne setzen uns dafür ein, die individuelle Förderung deutlich zu stärken. Damit soll der Vielfalt der Kinder in der Grundschule stärker begegnet und der Notendruck abgemildert werden.

Unser 6-Punkte-Plan: Wir wollen die Unterrichtspflichtzeit aller Grundschullehrkräfte zugunsten von mehr Zeit für individuelle Förderung reduzieren. Wir setzen uns dafür ein, dass im pädagogischen Ermessen künftig zwei der zwölf Proben in Deutsch und jeweils eine Probe in Mathematik und HSU mit einer individuellen Leistungsbewertung bewertet werden kann statt mit einer Ziffernnote. Wir fordern den Aufbau eines Zwei-Pädagog*innen-Systems für einen zeitweisen Einsatz von Fachkräften im Unterricht.

Zudem soll künftig der Probeunterricht entfallen, wenn sich Eltern nach einem Beratungsgespräch mit der abgebenden Schule, entgegen der Grundschulempfehlung, für eine andere Schulart entscheiden wollen. Darüber hinaus wollen wir für Schulen und Sachaufwandsträger die Möglichkeit einräumen, durch Sekundarschulen ein wohnortnahes weiterführendes und pädagogisch hochwertiges Schulangebot zu sichern.

Schließlich soll die „Flexible Grundschule“ ausdehnt werden, damit deutlich mehr Grundschüler*innen ermöglicht wird, die Jahrgangsstufen eins und zwei in einem, zwei oder drei Jahren zu durchlaufen.

Max Deisenhofer

LERNEN MIT UND ÜBER DIGITALE MEDIEN



Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für die Schüler*innen und Lehrer*innen nutzbar machen. Alle müssen – und dürfen – in einer digitalen Gesellschaft Neues dazulernen. Wir sind überzeugt davon, dass die Schulfamilie von der Digitalisierung profitiert. Dafür wollen wir Landtags-Grüne die politischen Rahmenbedingungen richtig setzen.

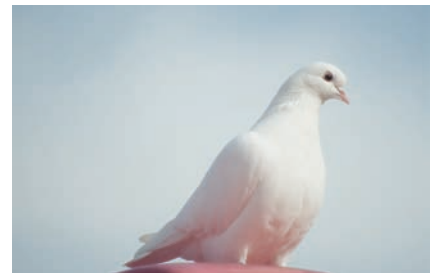
Unsere Kinder wachsen heute in einer globalisierten, digital vernetzten und komplexen Welt auf. Lernen mit und über digitale Medien muss selbstverständlicher Bestandteil der Schulbildung werden. Alle Kinder und Jugendlichen sollen in die Lage gebracht werden, die digitalen Medien souverän zu nutzen und sich sicher durch das Netz bewegen zu können.

Neben neuen ergänzenden Unterrichtsformen braucht es neue Inhalte. Schule muss alle Fähigkeiten vermitteln, damit die Schüler*innen digitale Technologien heute und auch später im Studien- oder Berufsleben sinnvoll einsetzen können. Lernen mit und über digitale Medien hat das Ziel eines informierten, souveränen, verantwortlichen und kreativen Umgangs mit Medien und Technik.

Dafür müssen die Basics stimmen: Breitbandanschlüsse und WLAN für alle Schulen; Fortbildungsoffensive für die Lehrkräfte; Unterstützung der Schulen durch professionelle Systembetreuer*innen; Einführung eines neuen Schulfaches Digitalkunde; Ermöglichung von personalisiertem Lernen durch digitale Medien.

Anne Franke

FRIEDENS- UND KONFLIKT-FORSCHUNG VORANBRINGEN



Bayern hat im Vergleich zu anderen Bundesländern einen riesigen Nachholbedarf im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. An vielen deutschen Universitäten gibt es Lehrstühle für Friedens- und Konfliktforschung und darüber hinaus renommierte außeruniversitäre Institute, so beispielsweise in Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz. Nichts davon in Bayern.

Der Lehrstuhl für Friedensforschung, den es in Augsburg gab, wurde 2016 umbenannt, seitdem gibt es hier keinen Master-Studiengang ‚Friedens- und Konfliktforschung‘ mehr.

Bayern, das Bundesland mit dem höchsten Anteil an deutschen Rüstungsexporten (40 Prozent), muss endlich die Friedens- und Konfliktforschung voranbringen. Derzeit gibt es weltweit über 200 militärische Auseinandersetzungen weltweit.

Wir Landtags-Grüne fordern, einen Wettbewerb auszuschreiben, an dem sich alle bayerischen Universitäten und Hochschulen um einen Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung bewerben können. Dazu braucht es ein staatliches Förderprogramm, das je nach Ausstattung dazu verhelfen kann, mindestens einen, besser aber noch zwei oder drei solcher Lehrstühle an verschiedenen Hochschulorten zu etablieren.

Der nächste Schritt ist dann die Schaffung eines außeruniversitären Instituts für Krisenprävention und Konfliktlösung, um das Thema außerhalb von Forschung und Lehre stärker in die Gesellschaft zu tragen.

Ludwig Hartmann

ZEITENWENDE BEIM TIER- UND PFLANZENSCHUTZ



Kürzlich saß ich in einem oberbayerischen Festzelt hunderten erbosten Bäuerinnen und Bauern gegenüber. Dazu: FW-Wirtschaftsminister Aiwanger, ein CSU-Politiker, ein Bauernverbandsfunktionär. Vordergründig ging es um die Zukunft der Landwirtschaft im Voralpenraum, tatsächlich aber um das Volksbegehren Artenvielfalt. Eine Agrarwende hin zu mehr Bioproduktion, Blühflächen und Streuobstwiesen, weniger Ackergifteinsatz, besserem Schutz unserer Gewässer – das war der Hebel des Volksbegehrens und ein erster Schritt hin zu mehr Artenvielfalt, Tier- und Pflanzenschutz in Bayern.

Damit die von 1,75 Millionen Bürger*innen erfolgreich angestoßene Agrarwende aber zu einer echten Zeitenwende für den Schutz unserer vom Aussterben bedrohten Tiere und Pflanzen wird, müssen wir den Weg weiter gehen. Alle gemeinsam. Städte und Gemeinden können auf ihren Flächen Kleinode der Artenvielfalt schaffen. Hausbesitzer*innen sollen es in ihren (Vor-)Gärten blühen lassen. Verbraucher*innen sollen beim Einkauf vermehrt nach Bio greifen.

Ich habe den Bäuerinnen und Bauern für ihre Bereitschaft gedankt, neben der wichtigen Versorgung der Menschen mit heimischen Nahrungsmitteln auch eine bedeutende Rolle bei der Landschaftspflege und im Naturschutz zu spielen. Denn: Sie wollen das und verdienen jede Unterstützung. Wir sollten uns alle der eigenen Verantwortung für den Umweltschutz bewusstwerden und allen Beteiligten Respekt für ihren individuellen Beitrag entgegenbringen!

Martin Stümpfig

KLIMASCHUTZ JETZT!



Die Klimakrise ist da und sie muss gelöst werden. Alle anderen Probleme auf dieser Erde sind ansonsten zweitrangig: „Wenn das Schiff ein großes Leck hat und zu sinken droht, sollten wir uns nicht darüber streiten, welche Musik die Bordkapelle spielen soll." Mit diesen Worten eröffnete Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber, ehemaliger Direktor des Potsdams-Instituts für Klimafolgenforschung, seinen eindringlichen und spannenden Vortrag auf unserem Grünen Energiekongress im Bayerischen Landtag.

Als einer der renommiertesten Klimaexperten weltweit beschrieb Schellnhuber die dramatischen Auswirkungen der Klimaüberhitzung und gab einen Ausblick, was mit unserem Planeten geschieht, wenn wir so weiter machen wie bisher. Sein deutliches Fazit: Hört auf die Wissenschaft!

Gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann und Ramona Wüst von Fridays for Future haben wir die Frage diskutiert: Wohin steuern Bayern und Deutschland beim Kampf gegen die Erdüberhitzung? Das Zeugnis der Bundes- sowie der Söder-Regierung fällt erwartungsgemäß schlecht aus. Klar ist: Wir müssen mehr machen und beispielsweise mit der Abschaffung der windkraftfeindlichen 10H-Regelung sofort beginnen.

In verschiedenen Fachforen wurde zu den Themen CO2-Preis, Kohlekompromiss, Ökobilanz der Elektromobilität und neue Finanzierungsmodelle für Erneuerbare-Energien-Anlagen intensiv, lebhaft und auf hohem Niveau diskutiert.

Christian Hierneis

UNSÄGLICHES TIERLEID BEENDEN



Nach einer Entscheidung des Münchner Verwaltungsgerichts können die Veterinärämter Tiertransporte auch dann nicht untersagen, wenn sie in EU-Drittländer gehen, deren Tierschutzstandards sehr gering sind. Die vom FW-Umweltministerium erst im Februar erarbeitete Negativliste von 17 Staaten außerhalb der Europäischen Union, in die Transporte untersagt werden, erweist sich damit als stumpfes Schwert.

Die Zuchtverbände können das Verbot umgehen, indem sie die Tiere in Sammelstellen in Bundesländer und EU-Staaten bringen, die keine Einschränkungen kennen. Von dort werden sie ganz legal in EU-Drittländer gebracht.

Allein aus Bayern wurden 2018 dorthin 3.000 Rinder exportiert. Auf den Transporten leiden die Tiere nicht selten unter Durst, Enge und Angst. An den Grenzen werden die Tiere häufig tagelang bei Temperaturen von 40 Grad nicht abgefertigt und dann unter oft mangelndem Tierschutz in Schlachthöfe mit katastrophalen Zuständen transportiert.

FW-Umweltminister Glauber weist jede Verantwortung von sich. Er sieht die Bundeslandwirtschaftsministerin in der Pflicht. Diese wiederum hält die Länder für zuständig.

Für uns Landtags-Grüne ist das eine unhaltbare Situation: Wir fordern strenge bundesweite Regelungen und eine Verschärfung der betreffenden EU-Richtlinie. Grenzüberschreitende Transporte müssen auf die Dauer von 8 Stunden begrenzt werden. Das unsägliche Tierleid muss ein Ende haben.

KLIMA SCHÜTZEN UND LEBENSQUALITÄT GEWINNEN

Wie wir die Verkehrswende in den Kommunen gestalten

Birgit Raab und Aljoscha Labeille, LAG Verkehr – Planen – Bauen

Europaweit sind die Treibhausgas-Emissionen im Verkehrsbereich seit 1990 um 25 Prozent gestiegen. Das macht alle Einsparungen in der Industrie und in den Haushalten zunichte. Die größten Probleme haben wir in den Städten – aber auch die größten Chancen.

Die Städte sind für die Menschen da, nicht für Autos. In den vergangenen Jahrzehnten wurden viele Kommunen autogerecht gebaut und das Auto einseitig bevorzugt. Dabei sind Autos über 23 Stunden am Tag „Stehzeuge", nehmen öffentlichen Raum ein, verstopfen unsere Straßen und sorgen für dreckige Luft.

Jede*r soll sich im öffentlichen Raum angstfrei bewegen können, das gilt besonders auch für Kinder. Ob eine Stadt zivilisiert ist, hängt nicht von der Zahl ihrer Schnellstraßen ab, sondern davon, ob ein Kind auf dem Dreirad unbeschwert und sicher überall hinkommt. Auch Radfahren sollte keinen Mut erfordern. Städte wie Kopenhagen zeigen, dass mit sicheren, komfortablen und schnellen Radwegen Radverkehrsanteile von bis zu 50% und mehr erreicht werden können. Eine Welle von Radentscheiden überall in Deutschland fordert genau dies.

Eine weitere Stellschraube: Wie wir bauen, beeinflusst unsere Mobilität enorm. Die Pflicht, Parkplätze bereitzustellen, macht das Bauen teuer. Die Stellplatzsatzungen sind ein Überbleibsel aus dem letzten Jahrhundert (Reichsgaragenordnung von 1937) und gehören abgeschafft. Der weitere Ausbau von Straßen ist kein wirksames Mittel gegen Stau und verbraucht zu viel Flächen. Stattdessen sollten die Gelder in den Ausbau von ÖPNV und Radwegen gesteckt werden.

Eine Kommune kann dabei mit gutem Beispiel vorangehen und mehr Geld in attraktive Rad- und Fußwege, Plätze und Grünzonen investieren. Schienenverkehrsmittel werden am besten angenommen, daher sollten Kommunen und Landkreise wo immer möglich moderne Stadtbahnen bauen. Zudem kann die Busflotte so schnell wie möglich klimaneutral umgebaut werden.

Klimafreundlich radeln oder zu Fuß gehen ist gesund und gleichzeitig schaffen wir mehr Raum und Lebensqualität für Mensch und Natur. Verkehrswende jetzt!

DAMIT SICH VOR ORT WAS ÄNDERT

Jetzt bestimmen wir!

Saskia Lea Raquel Weishaupt, Grüne Jugend Bayern

Wenn im März 2020 die Kommunalwahlen in Bayern stattfinden, wollen wir als GRÜNE JUGEND Bayern mitmischen. Wir haben in den letzten Monaten bewiesen, dass wir einen strukturierten und starken Wahlkampf führen können und dass dies auch mit einer eigenen Kampagne möglich ist. An diesen Erfolg der Landtagswahl wollen wir nun anknüpfen: Es soll eine landesweite Kampagne mit dem Fokus auf Mobilität, Stadt-/Raumplanung und Sozialpolitik geben. Diese drei Themenfelder sollen unseren Ortsgruppen einen ersten Rahmen bieten und die Möglichkeit eröffnen, ortsspezifische Forderungen zu ergänzen und die Kampagne an ihre lokalen Bedingungen vor Ort anzupassen.

Neben dieser ersten inhaltlichen Unterstützung wollen wir aber auch gezielt junggrüne Menschen fördern, die bereit sind, sich für ein Mandat zu bewerben. Gemeinsam wollen wir uns für aussichtsreiche Listenplätze stark machen, um so die Kommunalparlamente deutlich jünger, grüner und auch weiblicher zu machen!

Das Ziel für die Kommunalwahl ist ganz klar, junge Menschen in Bayern noch weiter zu politisieren. Wir wissen, dass unsere Generation Lust hat, ihre Zukunft mitzugestalten. Die wöchentlichen Proteste für mehr Klimaschutz bei Fridays for Future und die vielen jungen Leute bei den Großdemos gegen das Polizeiaufgabengesetz und für die Freiheit im Netz sind der beste Beweis dafür. Jetzt wollen wir mehr: Wir wollen die Politik ganz konkret mitbestimmen!

Die GRÜNE JUGEND soll genau dieser Ort sein, wo junge Menschen lernen können, wie sie die Welt nach ihren Vorstellungen verändern können.

Mit fundierter Bildungsarbeit, einer aussagekräftigen Kampagne und Unterstützung vor Ort wollen wir diese Veränderung möglich und im Kommunalwahlkampf spürbar machen.

WIR UNTERSTÜTZEN EUCH IM KOMMUNAL-WAHLKAMPF

Das GRIBS-Kommunalbüro



Peter Gack



Karin Zieg

post@gribs.net
0951/9230388
www.gribs.net

GRIBS steht für „Grüne und Alternative in den Räten Bayerns". Es ist das starke und stetig wachsende Netzwerk der grünen Kommunalpolitiker*innen in Bayern. Egal, welche Frage ihr zur bayerischen Kommunalpolitik habt: Peter und Karin im GRIBS-Kommunalbüro beraten euch umfassend und kompetent. Das gilt für formale, fachliche und rechtliche Fragen ebenso wie für strategische. Aktuell besonders wichtig: Ihr bekommt dort alle Infos für die fehlerfreie Aufstellung eurer Wahllisten. Für die langfristige Unterstützung eurer Ratsarbeit hält GRIBS einen großen Fundus an Anträgen und Aktionsideen bereit.

Am 20.7. wird die Kampagne zur Kommunalwahl vorgestellt. Nutzt sie! Denn nur so wird GRÜN auch im Kommunalwahlkampf in ganz Bayern unverwechselbar und sichtbar.

Die Landesgeschäftsstelle



Birgit Zipfel



Leon Eckert

birgit.zipfel@bayern.gruene.de
089/211597-17
leon.eckert@bayern.gruene.de
089/211597-32
gruene-bayern.de/kommunalpolitik

In der grünen Landesgeschäftsstelle kümmern sich Birgit und Leon um die Kommunalwahl. Sie helfen bei der Gründung von Ortsverbänden und den ersten Schritten der politischen Arbeit vor Ort. Zudem versorgen sie alle Kandidierenden mit Informationen und helfen bei den Formalien. Löchern könnt ihr sie aber auch zu allen Fragen der Parteiorganisation, Mitgliederaktivierung und zu erfolgreichen Veranstaltungsformaten.
Birgit und Leon füllen zudem die „grüne Wolke" mit Mustervorlagen, Handreichungen und Leitfäden. Schaut immer wieder mal rein: **gruenlink.de/1mcb**.
Wenn ihr selbst eine Checkliste zu einer guten Aktion habt oder den perfekten Flyer, schickt es ihnen als Datei zu – so wächst der für alle nutzbare Fundus von Best-Practice-Beispielen.
Gemeinsam planen GRIBS, die Petra-Kelly-Stiftung und die Landesgeschäftsstelle ein umfangreiches Schulungsangebot für alle Neu- und Wiedergewählten, damit ihr 2020 mit Schwung und Wissen in eurer Mandat starten könnt.

Impressum

Herausgeber*innen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bayern
Sendlinger Str. 47
80331 München
Tel. 089/211 597-0, Fax 089/211 597-24
landesverband@bayern.gruene.de
www. gruene-bayern.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Tel. 089/4126-2493, Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)
Angela Kirschbaum (verantwortl.),
Sigi Hagl, Eike Hallitzky

Redaktion (Landtagsfraktion)
Lena Motzer (verantwortl.),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung
Andreas Gregor, andreasgregor.com

Bildnachweis
Titelbild: Andreas Gregor
Titelmodel: Rebecca Gischel

Druck
Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage: 12.300
Gedruckt auf LEIPA ultraMAG PLUS silk, FSC-zertifiziert

Datenschutz
Du hast das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der dich betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Bitte kontaktiere uns dazu per E-Mail unter landesverband@bayern.gruene.de. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung findest du unter gruene-bayern.de/datenschutz.

BAYERNWEITE TERMINE

KOMMUNALPOLITISCHE KONFERENZ DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

SAMSTAG, 21. SEPTEMBER 2019

BURKARDUSHAUS
AM BRUDERHOF 1, WÜRZBURG

BEGINN: 09:30 UHR

Herzliche Einladung zur bundesweiten kommunalpolitischen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Würzburg! Das Thema: „Öffentliche Räume in Stadt und Land – Qualitäten, Chancen und Herausforderungen". Euch erwartet ein spannendes Programm aus Impulsvorträgen, Workshops und Panels. Eure Anmeldung nimmt die Petra-Kelly-Stiftung entgegen unter Telefon 089/24226730 oder per Mail an info@petra-kelly-stiftung.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG



LANDESDELEGIERTEN-KONFERENZ

SAMSTAG, 19. OKTOBER
BIS SONNTAG, 20. OKTOBER 2019

INSELHALLE
ZWANZIGERSTRASSE 10, LINDAU

BEGINN: 11 UHR

Herzliche Einladung zur regulären Landesdelegiertenkonferenz 2019! Im Mittelpunkt wird die Kommunalpolitik stehen. Am Samstagabend feiern wir das 40-jährige Bestehen der bayerischen Grünen. Am Sonntag wählen wir unter anderem eine neue Landesvorsitzende. Antragsschluss ist der 20. September 2019 um 12:00 Uhr. Änderungsanträge können bis zum 11. September um 12:00 Uhr online unter bayern.antragsgruen.de eingereicht werden. Alle weiteren Infos unter gruene-bayern.de/ldk19

REGIONALKONFERENZ ZUM NEUEN GRUNDSATZPROGRAMM

SAMSTAG, 30. NOVEMBER 2019

KONGRESS AM PARK
GÖGGINGER STRASSE 10
AUGSBURG

BEGINN: 10 UHR

Du willst endlich mal wieder grundsätzlich diskutieren? Du willst Werte, Herausforderungen und Antworten unserer Partei für die nächsten 20 Jahre mitbestimmen? Dann komm zu unserem Konvent und mach mit! Mit dabei sind auch Robert Habeck und Katharina Schulze. Grundsatz wird Programm! Weitere Infos unter gruene-bayern.de/regionalkonferenz

